



Fachbereich Rechtspflege

Studienplan

für das fachtheoretische Studium

Diplom-Studiengang
Rechtspflege

Studienpläne
für das fachtheoretische Studium des Diplomstudiengangs
„Rechtspflege“
am Fachbereich 4
der Hochschule für Wirtschaft und Recht

Inhaltsübersicht:

A.	Allgemeine Regelungen	2
B.	Der Erste Studienabschnitt	
B.1.	Zivilrecht	5
B.2.	Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht	7
B.3.	Grundzüge des Verfassungsrechts	8
B.4.	Familienrecht	10
B.5.	Grundstücks- und Grundbuchrecht	13
B.6.	Nachlassrecht	15
B.7.	Handels- Gesellschafts- und Registerrecht	19
B.8.	Mobiliarvollstreckungsrecht	21
B.9.	Zivilprozess- und Kostenrecht	24
B.10.	Organisations- und Verwaltungskunde	33
B.11.	Strafrecht und Strafprozessrecht	35
B.12.	Grundstücksrecht der neuen Bundesländer	38
C.	Der Zweite Studienabschnitt	
C.1.	Familienrecht	40
C.2.	Grundstücks- und Grundbuchrecht	41
C.3.	Nachlassrecht	42
C.4.	Handels-, Gesellschafts- und Registerrecht	43
D.	Der Dritte Studienabschnitt	
D.1.	Handels-, Gesellschafts- und Registerrecht	44
D.2.	Grundstücks- und Grundbuchrecht	45
D.3.	Insolvenzrecht	46
D.4.	Immobilienvollstreckungsrecht	48
D.5.	Mobiliarvollstreckung	50
D.6.	Familienrecht	51
D.7.	Nachlassrecht	53
D.8.	Strafvollstreckungsrecht	54
D.9.	Zivilprozess- und Kostenrecht	56
D.10.	Internationales Privatrecht	57

Teil A

Allgemeine Regelungen

1. Nach § 10 Abs. 1 StudORpfl sind für alle Fachstudienzeiten und für die theoretischen Lehrveranstaltungen Studienpläne festzulegen. Fachstudienzeiten sind nach § 6 Abs. 1 S. 2 APORpfl der **Erste und Dritte** Studienabschnitt.
2. Die Studienpläne binden nach § 11 Abs. 1 StudORpfl haupt- und nebenamtliche Lehrkräfte hinsichtlich der bezeichneten Gegenstände. Die nachfolgenden allgemeinen Regelungen sind Teil der Studienpläne.
3. Lehrgegenstände des **Ersten Studienabschnitts** sind nach § 8 i. V. mit § 7 Abs. 1 Nr. 1 – 11 APORpfl.
 - Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht
 - Einführung in das Zivilrecht
 - Grundzüge des Verfassungs- und Verwaltungsrechts
 - Familienrecht einschl. des Verfahrensrechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit
 - Grundstücks- und Grundbuchrecht
 - Nachlassrecht einschl. des Verfahrensrechts
 - Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Registerverfahren
 - Vollstreckungsrecht (insbesondere Mobiliarvollstreckung)
 - Zivilprozessrecht und Verfahren vor dem Familiengericht (insbesondere Kostenfestsetzung)
 - Organisations- und Verwaltungskunde
 - Grundzüge des Strafrechts und des Strafprozessrechts

Nach dem vom Fachbereichsrat beschlossenen Studienmodell wird der Lehrstoff der genannten Fächer in Vorlesungen und Übungen (Arbeitsgemeinschaften) behandelt. Die Vorlesungen sind von hauptamtlichen Lehrpersonen durchzuführen. Sie stellen jeweils die grundlegenden Institutionen des Faches sowie deren systematische und

dogmatische Zusammenhänge dar. Die Übungen dienen der anwendungsbezogenen Vertiefung, Erweiterung und Einübung des Vorlesungsstoffes anhand von praktischen Fällen in Kleingruppen. Ist ein Studienjahrgang in mehrere Studiengruppen aufgeteilt, so sollen in allen Gruppen dieselben Fälle behandelt werden. Dies schließt nicht aus, dass die Lehrperson aktuelle Fälle, z.B. aus der eigenen Gerichtspraxis, zusätzlich anbietet.

In allen Arbeitsgemeinschaften ist die Abfassung der gerichtlichen Entscheidungen zu üben. Auf einen korrekten Entscheidungsaufbau und die sachgerechte Begründung ist besonderer Wert zu legen.

Die Studienpläne unterscheiden nicht zwischen den in den Vorlesungen und den in den Übungen zu behandelnden Gegenständen. Dies ist schon deshalb nicht veranlasst, weil die Schwerpunktthematik des jeweiligen Faches regelmäßig in beiden Lehrveranstaltungsarten zu behandeln sein wird. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es mit dem Studienmodell nicht vereinbar wäre, wenn in den Übungen der Stoff der Vorlesung erneut im Zusammenhang vorgetragen wird. Gegenstand der Übungen ist nicht die systematische Stoffwiederholung, sondern die fallbezogene Stoffanwendung. Erstmals systematisch zu erarbeiten und darzustellen sind jedoch die Lehrgegenstände, die nicht in der Vorlesung behandelt wurden. Der Fachbereichsrat beschließt jeweils zu Beginn eines Studienabschnittes den Stundenanteil, den Vorlesungen und Übungen innerhalb des von der Studienordnung vorgegebenen Stundenansatzes erhalten. Die Lehrgegenstände der Vorlesung bestimmt dann die Lehrperson, die mit der Vorlesung betraut ist.

Lernziele:

- Lernziel der Fächer **Zivilrecht** und **Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht** ist die Beherrschung der juristischen Arbeitsmethoden und die zuverlässige Kenntnis der grundlegenden zivilrechtlichen Institutionen sowie deren systematischer Zusammenhänge. Den Studierenden sollen möglichst umfangreiche Informationen über System, Funktion und gesellschaftliche Bedeutung der Justiz vermittelt werden; hinzutreten soll eine erste Anschauung von den Aufgaben des Rechtspflegers. Lernziele sind die Beherrschung der Gliederung der Ordentlichen Gerichtsbarkeit, des Gerichtsaufbaues, von Aufgaben und Stellung der einzelnen Funktionsträger

sowie der Grundsätze des Rechtspflegerrechts. Zu vermitteln ist ferner das grundsätzliche Verständnis für die verfahrensrechtlichen Grundbegriffe (Partei- bzw. Beteiligtenbegriff; Amts- und Antragsverfahren; Beibringung und Amtsbetrieb).

- Lernziel in den Fächern **Familien- und Nachlassrecht, Grundstücksrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Vollstreckungsrecht, Zivilprozessrecht sowie Strafrecht- und Strafprozessrecht** ist die zuverlässige Kenntnis der materiellen und verfahrensrechtlichen Regelungen sowie die Beherrschung der jeweiligen Gutachtens- und Entscheidungstechnik. Die Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, die Ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben der Rechtspflege sachgerecht und unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer sowie geschlechterspezifischer Aspekte zu lösen und ihre Entscheidung allgemein verständlich zu begründen.

4. Lehrgegenstände des **Zweiten Studienabschnittes** sind nach § 9 Abs. 3 i. V. mit § 7 Abs. 1 Nr. 4 – 7 APORpfl Familienrecht, Grundstücks- und Grundbuchrecht, Nachlassrecht und Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Registerverfahren.

Sie bezwecken die Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, die im ersten Studienabschnitt erworben wurden unter Einbeziehung der in den praktischen Studienteilen erworbenen Erfahrungen. Lernziel ist die Beherrschung der im Berufsalltag des Rechtspflegers anfallenden Geschäfte.

5. Lehrgegenstände des **Dritten Studienabschnittes** sind gem. § 10 i. V. mit § 7 Abs. 1 Nr. 4 - 9 und 11 APORpfl Familienrecht, Grundstücks- und Grundbuchrecht, Nachlassrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Registerverfahren, Vollstreckungs- und Insolvenzrecht, Zivilprozessrecht (insbesondere Kostenfestsetzung) und Strafvollstreckungsrecht, wobei der **Schwerpunkt** auf das **Strafvollstreckungsrecht**, das **Immobilienvollstreckungsrecht** und das **Insolvenzrecht** gelegt wird. Darüber hinaus werden Lehrveranstaltungen zum **Internationalen Privatrecht** durchgeführt, um die Unterscheidung zwischen Einheitsrecht und Internationalem Privatrecht sowie die Bedeutung staatsvertraglicher

Vereinbarungen zu erlernen. Alle Lehrgegenstände können in Vorlesungen nebst Übungen oder in Gruppenlehrveranstaltungen angeboten werden. Für den erstgenannten Fall gelten die darauf bezogenen Regelungen in Nr. 3 entsprechend. Die Lehrveranstaltungsform wird jeweils vom Fachbereichsrat festgelegt.

Die Studienordnung sieht daneben vor, dass Kurse, Projekte und Seminare in den Fächern nach § 7 Abs. 1 Nr. 4 – 9 APORpfl angeboten werden. Hierfür können Themenvorschläge zur Wahl gestellt werden.

Teil B

Der Erste Studienabschnitt

B 1: Zivilrecht (60 Doppelstunden)

I. Methodische Grundlagen

1. Die Arten der Rechtsnormen
2. Die Subsumtion des Sachverhalts unter die Rechtsnorm

II. Das Rechtsgeschäft

1. Arten der Rechtsgeschäfte
Insbesondere die Willenserklärung
2. Die Willensbildung
 - 2.2 Der Zugang der Willenserklärung
 - 2.3 Der Inhalt der Willenserklärung
3. Die Form der Rechtspflege
 - 3.1 Formarten
 - 3.2 Folgen des Formverstoßes
4. Bedingte und befristete Rechtsgeschäfte

III. Die Anfechtung von Rechtsgeschäften

1. Anfechtungsgründe
2. Anfechtungsfrist
3. Anfechtungserklärung
4. Folgen der Anfechtung

IV. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

1. Rechtsfähigkeit
 - 1.1. Begriff
 - 1.2. Die Rechtssubjekte
2. Geschäftsfähigkeit
 - 2.1. Begriff
 - 2.2. Abstufungen der Geschäftsfähigkeit
 - 2.3. Auswirkungen auf das rechtliche Handeln

V. Die Stellvertretung

1. Das Handeln in fremdem Namen (Offenlegungsprinzip und Unmittelbarkeitsprinzip)
2. Die Vertretungsmacht
3. Grenzen der Vertretungsmacht, insbes. das Insihgeschäft
4. Vertretung ohne Vertretungsmacht

VI. Das Schuldverhältnis

1. Die Entstehung, Inhalt
2. Das Erlöschen
 - 2.1. Erfüllung und Erfüllungssurrogate
 - 2.2. vertragliche Aufhebung
 - 2.3. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen

VII. Leistungsstörungen im Schuldverhältnis

1. Unmöglichkeit der Leistung
2. Verzug

VIII. Schuldner- und Gläubigermehrheiten

IX. Gläubiger- und Schuldnerwechsel

X. Überblick über die Vertragstypen des Schuldrechts

XI. Besitz und Eigentum

1. Begriffe
2. Besitzerwerb und –verlust
3. Besitzarten
4. Der Eigentumserwerb an beweglichen Sachen
 - 4.1 Die Bedeutung des Abstraktionsprinzips
 - 4.2 Die Erwerbsformen (§§ 929-931 BGB)
 - 4.3 Der Erwerb vom Nichtberechtigten
5. Der Eigentumsvorbehalt
6. Die Sicherungsübereignung

XII. Gesetzliche Schuldverhältnisse

1. Die ungerechtfertigte Bereicherung
2. Der Vindikationsanspruch
3. Die unerlaubte Handlung

XIII. Einblick in die Methodenlehre

1. Auslegungsgrundsätze
2. Analogie und teleologische Reduktion

B 2: Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht (10 Doppelstunden)

I. Gerichtsverfassung und Gerichtsorganisation

1. Der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gewaltenteilung
2. Überblick über die einzelnen Gerichtsbarkeiten
3. Aufbau und Aufgaben der ordentlichen Gerichte

II. Überblick: Funktionsträger(innen) der Justiz

1. Richter(in)
2. Rechtspfleger(in)
3. Urkundsbeamte(r) der Geschäftsstelle

III. Grundzüge des Rechtspflegerrechts

1. Historische Entwicklung im Überblick
2. Aufgabenbereiche der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers
3. Rechtsstellung der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers
4. Rechtsbehelfssystem § 11 RPfLG

B 3: Grundzüge des Verfassungsrechts (30 Doppelstunden)

A. Grundrechtslehre

I. Struktur der Grundrechtsprüfung

II. Allgemeine Grundrechtslehren

1. Funktionen und Einteilung der Grundrechte
2. Grundrechtsträger
3. Grundrechtsverpflichtete; Drittwirkung
4. Grundrechtseingriff
5. Grundrechtsbeschränkungen
 - 5.1. Arten von Grundrechtsschranken
 - 5.2. Formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlage
 - 5.3. Insbesondere: Verhältnismäßigkeit
 - 5.4. Verfassungsmäßigkeit der Rechtsanwendung
6. Grundrechtskonkurrenzen; Grundrechtskollisionen

III. Einzelne Grundrechte

1. Freiheitsgrundrechte
 - 1.1. Garantie der Menschenwürde
 - 1.2. Allgemeine Handlungsfreiheit
 - 1.3. Allgemeines Persönlichkeitsrecht
 - 1.4. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit; Freiheit der Person
 - 1.5. Glaubens- und Gewissensfreiheit
 - 1.6. Kommunikationsgrundrechte
 - 1.7. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit
 - 1.8. Schutz von Ehe, Familie und Elternrecht
 - 1.9. Versammlungsfreiheit
 - 1.10. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit
 - 1.11. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis
 - 1.12. Freizügigkeit
 - 1.13. Berufsfreiheit
 - 1.14. Unverletzlichkeit der Wohnung
 - 1.15. Eigentums- und Erbrechtsgarantie
 - 1.16. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung

- 1.17. Asylrecht
- 1.18. Petitionsrecht
- 2. Gleichheitsrechte
 - 2.1. Der allgemeine Gleichheitssatz
 - 2.2. Besondere Gleichheitssätze
- 3. Justizgrundrechte
 - 3.1. Rechtsweggarantie
 - 3.2. Garantie des gesetzlichen Richters
 - 3.3. Anspruch auf rechtliches Gehör und faires Verfahren
 - 3.4. Bestimmtheitsgebot für Strafgesetze
 - 3.5. Verbot der Mehrfachbestrafung
- 4. Grundrechte in Landesverfassungen
- 5. Europäische Grundrechte

IV. Verfassungsrechtsprechung

- 1. Verfassungsbeschwerde
- 2. Abstrakte und konkrete Normenkontrolle
- 3. Verfassungsrechtsprechung der Länder

B. Europarechtliche Aspekte

I. Der europäische Einigungsprozess

II. Organe und Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften

III. Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof

IV. Verhältnis des Gemeinschaftsrechts zum nationalen Recht

V. Ausblick: Völkerrechtliche Verträge

B 4: Familienrecht (80 Doppelstunden)

A. Das Eherecht

I. Die eheliche Lebensgemeinschaft

II. Das eheliche Güterrecht

B. Abstammung

2. Mutterschaft
3. Vaterschaft
4. Anfechtung der Vaterschaft
5. Rechtliche Auswirkungen der modernen Fortpflanzungsmedizin
6. Verfahrensrechtlich Fragen

C. Das Kindschaftsrecht

I. Natürliche Elternpflichten und –rechte

1. Elterliche Sorge
 - 1.1. Gemeinsame elterliche Sorge/Alleinsorge, Voraussetzungen und Wirkungen der Sorgeerklärung
 - 1.2. Inhalte des elterlichen Sorgerechts, Personen-, Vermögenssorge, gesetzliche Vertretungsmacht
 - 1.3. Grenzen elterlicher Sorge
 - 1.4. Meinungsverschiedenheiten der Sorgerechtsinhaber
 - 1.5. Elternwille und Selbstbestimmungsrecht des Kindes
 - 1.6. Gesetzliche Vertretungsausschlüsse, ihre Ausnahmen und ihre Folgen
 - 1.7. Familiengerichtliche Genehmigungen
Rechtsnatur, Genehmigungstatbestände, gerichtliches Verfahren
 - 1.8. Elterliche Sorge nach Tod eines Elternteils und nach Trennung (§§ 1680, 1671 BGB)
 - 1.9. Tatsächliche Verhinderung und Ruhen elterlicher Sorge wegen tatsächlicher und rechtlicher Verhinderung (§§ 1678, 1673-1675 BGB)
 - 1.10. Rechte des nichtsorgeberechtigten Elternteils
Kindeswohls oder des Kindesvermögens, § 1666 BGB
2. Umgangspflicht und –recht

II. Die Vormundschaft

- 1. Voraussetzungen der Vormundschaft**
- 2. Anordnung der Vormundschaft, Auswahl und Bestellung des Vormundes**
- 3. Gesetzliche Amtsvormundschaft**
- 4. Benennungsrecht der Eltern**
- 5. Aufgaben des Vormundes**
- 6. Familiengerichtliche Genehmigungen**
- 7. Ende des Amtes und Ende der Vormundschaft**

III. Grundzüge des Pflegschaftsrechts

- 1. Die Ergänzungspflegschaft**
- 2. Pflegschaft für die Leibesfrucht**

D. Grundzüge des Betreuungsrechts¹

- I. Entstehungsgeschichte**
- II. Voraussetzungen**
- III. Die Aufgabenkreise**
- IV. Auswirkungen der Betreuungsanordnung**
- V. Der Einwilligungsvorbehalt**
- VI. Die Person des Betreuers, die unterschiedlichen Betreuertypen**

¹ Die Vertiefung des Betreuungsrechts erfolgt in den nachfolgenden Abschnitten

VII. Das Verfahren bis zur Betreuerbestellung

VIII. Die Verpflichtung und das Einführungsgespräch

IX. Rechtsstellung des Betreuers, seine Rechte und Pflichten

X. Anzuwendende Vorschriften

XI. „Ergänzungs- und Gegenbetreuung“

XII. „Befreite“ Betreuer

XIII. Besondere Genehmigungserfordernisse

1. Genehmigung von risikoreichen Gesundheitsmaßnahmen
2. Genehmigung der Kündigung und Aufhebung von Wohnraummietverhältnissen
3. Genehmigung zu freiheitsentziehender Unterbringung und sonstigen freiheitsentziehenden Maßnahmen
4. Genehmigung zur Sterilisation
5. Genehmigung einer Ausstattung

XIV. Vergütung und Auslagenersatz (Grundzüge)

XV. Betreuerwechsel

XVI. Beendigung, Aufhebung, Einschränkung, Erweiterung und Verlängerung der Betreuung

B 5: Grundstücks- und Grundbuchrecht (105 Doppelstunden einschl. B 12)

I. Grundbuch

II. Grundstück – Flurstück

III. Grundstücksrechte

1. Übersicht
2. Einzelfälle
 - a) Hypothek – Grundschild
 - b) Reallast
 - c) Vorkaufsrecht
 - d) Nießbrauch
 - e) Grunddienstbarkeit
 - f) Beschränkte persönliche Dienstbarkeit

IV. Begründung und Übertragung von Grundstücksrechten

1. Doppeltatbestand: Einigung und Grundbucheintragung
2. Zusammenspiel von Einigung und Grundbucheintragung

V. Übereignung von Grundstücken

1. Kaufvertrag
2. Auflassung
3. Abstraktionsprinzip

VI. Eigentumsvormerkung

1. Zweck
2. Wirkung
3. Akzessorietät
4. Begründung
5. Übertragung

VII. Inhaltsänderung von Grundstücksrechten

VIII. Aufhebung von Grundstücksrechten

IX. Materielles und formelles Grundstücksrecht

X. Antrag

XI. Bewilligung

XII. Dingliche Einigung

XIII. Nachweis der Eintragungsunterlagen

XIV. Grundpfandrechte

1. Arten
2. Begründung
3. Übertragung
4. Tilgung
5. Aufhebung

XV. Voreintragung des Betroffenen

XVI. Entscheidungen des GBA

XVII. Grundbuchberichtigung

XIII. Rang der Grundstücksrechte

XIX. Grundstücksteilung und Grundstücksverbindungen

XX. Nacherbfolge und Testamentsvollstreckung

XXI. Amtswiderspruch und Amtslöschung

XXII. Rechtsbehelfe

XXIII. Verfügungsbeeinträchtigungen

XXIV. Wohnungseigentum

XXV. Erbbaurecht

B 6: Nachlassrecht (70 Doppelstunden)

I. Eigentum und Erbrecht

1. Verfassungsrechtlicher Schutz des Privaterbrechts
2. Begriff und Gegenstand des Erbrechts
3. Rechtsquellen
4. Räumlicher Geltungsbereich
5. Sozialpolitische Funktion
6. Zahlen und Daten zum erbrechtlichen Vermögensübergang in der Bundesrepublik (wirtschaftliche Bedeutung des Erbrechts; Steueraufkommen)
7. Tragende Prinzipien des Erbrechts (Privaterbfolge, Verwandtenerbrecht, Testierfreiheit)

II. Grundbegriffe des Erbrechts

1. Grundsatz der Universalsukzession
2. Vonselbsterwerb
3. Vorrang der gewillkürten Erbfolge (Testierfreiheit und deren Einschränkungen durch bindende Verfügungen und das Pflichtteilsrecht)
4. Erbrecht des Fiskus
5. Erbfähigkeit (Vor- und Nachversterben, Ausschluss von der Erbfolge)

III. Ausschluss der gesetzlichen Erbfolge durch die gewillkürte Erbfolge

IV. Anwendbarkeit der Regeln zur gesetzlichen Erbfolge

V. Gesetzliche Erben (Überblick)

1. Die Verwandten, der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner und der Fiskus
2. Die Regelung des BGB im Vergleich zu der des ZGB

VI. Das Erbrecht der Verwandten

1. Biologische und rechtliche Verwandtschaft
2. Erbfolge nach Ordnungen
3. Repräsentationsprinzip
4. Eintrittsrecht
5. Stammes- und Liniensystem

VI. Erbrecht bei Beteiligung nichtehelicher Kinder

1. Begründung der rechtlichen Verwandtschaft
2. Die geltende Rechtslage
3. Rechtslage vor Inkrafttreten des Erbrechtsgleichstellungsgesetzes
4. Rechtslage vor Inkrafttreten des Nichteelichengesetzes

VIII. Erbrechtliche Wirkungen der Kindesannahme (Überblick)

IX. Das Erbrecht des Ehegatten

1. Erbrecht neben Verwandten der jeweiligen Ordnung
2. Einfluss des Güterstandes
3. Vergleich der erb- und güterrechtlichen Lösung beim gesetzlichen Güterstand
4. Voraus und Dreißigster
5. Nichteeliche Lebensgemeinschaften

X. Das Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners

1. Begründung und Beendigung der eingetragenen Lebenspartnerschaft
2. Vergleich mit den Regelungen des Ehegattenerbrechts

XI. Ausschluss von der Erbfolge

1. Vorversterben
2. Enterbung
3. Verweisung auf den Erbersatzanspruch
4. Vereinbarung des vorzeitigen Erbausgleichs
5. Ausschlagung (Erklärung, Wirkung, Form, Frist, Zugang; Anfechtung und ihre Wirkung; gesetzliche Fiktionen)
6. Ausschluss bei festgestellter Erbwürdigkeit
7. Ausschluss des Ehegatten / eingetragenen Lebenspartners trotz Bestehens der Ehe / Lebenspartnerschaft

XII. Bedeutung und Beweiskraft des Erbscheins im Rechtsverkehr

1. Verkauf von Nachlassgegenständen durch den Erben/den Scheinerben
2. Veräußerung von Immobilien / Fahrnis durch den Scheinerben / wahren Erben an Dritte
3. Leistung an den Erbscheinserven
4. Kein Beweismonopol des Erbscheins
5. Andere Möglichkeiten des Nachweises der Erbfolge

XIII. Arten des Erbscheins

1. Der Erbschein des Alleinerben; Teilerbschein
2. Der gemeinschaftliche Erbschein
3. Der Erbschein gem. § 2369 (Überblick)

XIV. Das Erbscheinsverfahren

1. Zuständigkeit für die Erbscheinsverhandlung
2. Zuständigkeit für die Erbscheinserteilung
3. Angaben und Nachweise des Antragstellers gem. § 2354 ff.
4. Verfahrensrechtliche Besonderheiten
 - 4.1. Antrags- und Amtsverfahren
 - 4.2. Zwischenverfügung/Das Verfahren nach § 352 FamFG/Erteilung des Erbscheins/Zurückweisung des Antrags
 - 4.3. Rechtsmittel
5. Kosten des Erbscheinsverfahrens und der Erbscheinsverhandlung
6. Einziehung des Erbscheins

XV. Der Begriff der Verfügung von Todes wegen

1. Abgrenzung zum sachenrechtlichen Begriff der Verfügung
2. Testament und Erbvertrag sowie gemeinschaftliches Ehegattentestament
3. Anordnungen in Verfügungen von Todes wegen (Überblick)

XVI. Allgemeine Testierfreiheit und ihre Schranken; Testamentserrichtung

1. Schutz der Testierfreiheit durch die Verfassung
2. Einschränkungen der Testierfreiheit
 - 2.1. Selbst auferlegte Einschränkungen
 - 2.2. Einschränkungen durch das Gesetz, Überblick über das Pflichtteilsrecht
3. Testierfähigkeit
4. Testierwille
5. Form der Testamente
 - 5.1. Ordentliche und außerordentliche Testamentsformen unter besonderer Berücksichtigung des eigenhändigen Testaments, des öffentlichen Testaments und des Erbvertrages.
 - 5.2. Der typische Ablauf in der notariellen Praxis.
6. Sittenwidrige Anordnungen
7. Höchstpersönliche Anordnungen

XVII. Die Testamentsauslegung

1. Mögliche Anordnungen in einer Verfügung von Todes wegen
 - 1.1. Erbrechtliche Anordnungen zur Berufung
 - 1.2. Erbrechtliche Anordnungen, die auf die Erbfolge keinen Einfluss haben (z.B. Vermächtnis).
2. Auslegung von Verfügungen von Todes wegen
 - 2.1. Wann besteht Auslegungsbedarf?
 - 2.2. Die erläuternde Auslegung
 - 2.3. Die ergänzende Auslegung
 - 2.4. Allgemeine Auslegungsgrundsätze
 - 2.5. Gesetzliche Auslegungsregeln

3. Anordnung einer Nacherbfolge
 - 3.1. typische Regelungsziele des Erblassers
 - 3.2. Die Rechte des Vorerben/des Nacherben
 - 3.3. Veräußerlichkeit und Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaft
 - 3.4. Nacherbfolge und Erbschein, Nacherbfolge und Grundbuch
4. Unwirksamkeit der Verfügung von Todes wegen bei Widerruf durch den Erblasser
5. Unwirksamkeit der Verfügung von Todes wegen bei Anfechtung
 - 5.1. Testamentsanfechtung gem. §§ 2078 ff. (Anfechtung einer fremden Willenserklärung)
 - 5.2. Anfechtung gem. § 2282 BGB

XVIII. Die amtliche Verwahrung

1. Vorzüge und Nachteile der besonderen amtlichen Verwahrung
2. Das Verfahren bei der besonderen amtlichen Verwahrung

XIX. Die Testamentseröffnung

1. Sinn und Zweck der Testamentseröffnung
2. Verfahren bei und nach der Testamentseröffnung

XX. Besondere Arten letztwilliger Verfügungen

1. Der Erbvertrag
 - 1.1. Rechtsnatur
 - 1.2. Inhalt
 - 1.3. Bindungswirkung
 - 1.4. Aufhebung und Änderung durch Vereinbarung
 - 1.5. Rücktritt vom Erbvertrag
2. Das gemeinschaftliche Ehegattentestament
 - 2.1. Formen
 - 2.2. Inhalt, Möglichkeit der Bindung
3. Die Stellung des überlebenden Ehegatten (Trennungs- und Einheitsprinzip)
 - 3.1. Auslegung der Anordnungen in gemeinschaftlichen Ehegattentestamenten
 - 3.2. Die Auslegungsregel des § 2269
4. Die Wiederverheiratungsklausel

XXI. Die Testamentvollstreckung

1. Anordnung der Testamentvollstreckung und Ernennung des Testamentvollstreckers
 - 1.1. Rechtsstellung des Testamentvollstreckers
 - 1.2. Rechtsstellung der Erben
 - 1.3. Das Testamentvollstreckerzeugnis
2. Inhalt des Erbscheins

B 7: Handels- Gesellschafts- und Registerrecht (60 Doppelstunden)

A. Das Handelsregister

I. Sinn und Zweck des Handelsregisters

II. Führung und Einteilung des Handelsregisters

III. Anmeldungen

1. Anmeldeverpflichtete
2. Vertretung bei der Anmeldung
3. Form

IV. Publizität des Handelsregisters

1. Negative Publizität
2. Positive Publizität

B. Die Eintragungen im Handelsregister, Abteilung A

I. Der Einzelkaufmann

1. Vollkaufmann
2. Kaufmann kraft Eintragung
3. Kannkaufmann nach § 3 HGB

II. Die Firma

1. Altes Firmenrecht
2. Neues Firmenrecht
3. Firmeneinheit, Veräußerungsverbot
4. Firmenfortführung
5. Anmeldung der Firma, Zeichnung

III. Die Prokura

1. Erteilung
2. Umfang
3. Einzel- und Gesamtprokura
4. Erlöschen der Prokura
5. Anmeldung, Zeichnung

IV. Die offene Handelsgesellschaft

1. Begriff und Abgrenzungsfragen zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts
2. Entstehungsvoraussetzung
3. Innenverhältnis
4. Außenverhältnis
 - 4.1. Vertretung
 - 4.2. Haftung
5. Gesellschafterwechsel
 - 5.1. Ausscheiden, Nachfolgeklauseln, Eintrittsklauseln
 - 5.2. Eintritt
 - 5.3. Übertragung der Gesellschafterstellung kraft Rechtsgeschäft
 - 5.4. Beteiligungsumwandlung
 - 5.5. Firmenfortführung bei Änderungen im Gesellschafterbestand
6. Beendigung
 - 6.1. Auflösung
 - 6.2. Fortsetzung
 - 6.3. Erlöschen

V. Die Kommanditgesellschaft

1. Begriff und Abgrenzungsfragen
2. Entstehungsvoraussetzungen
3. Innenverhältnis
4. Außenverhältnis
 - 4.1. Vertretung
 - 4.2. Haftung
5. Gesellschafterwechsel
 - 5.1. Ausscheiden
 - 5.2. Eintritt
 - 5.3. Übertragung der Gesellschafterstellung kraft Rechtsgeschäft
 - 5.4. Beteiligungsumwandlung
 - 5.5. Vererbung des Kommanditanteils
 - 5.6. Beendigung

C. Die Eintragungen im Handelsregister, Abteilung B

I. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

1. Gründung
 - 1.1. Gründer
 - 1.2. Gesellschaftsvertrag
 - 1.3. Anmeldung und Versicherungen
 - 1.4. Eintragung
 - 1.5. Haftung in der Gründungsphase

2. Gesellschafterbeschlüsse
 - 2.1. Gesellschafterversammlung
 - 2.2. Abstimmung
 - 2.3. Anfechtbarkeit von Gesellschafterbeschlüssen
 - 2.4. Nichtigkeit von Gesellschafterbeschlüssen
3. Der Geschäftsführer
 - 3.1. Bestellung
 - 3.2. Vertretungsbefugnis
 - 3.3. Ende des Geschäftsführeramtes
4. Abtretung, Teilung, Vererbung und Einziehung von Geschäftsanteilen
5. Änderungen des Gesellschaftervertrages
 - 5.1. Firmen- und Gegenstandsänderung
 - 5.2. Kapitalmaßnahmen
6. Liquidation, Fortsetzung und Löschung

B 8: Mobiliarvollstreckungsrecht (65 Doppelstunden)

I. Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts

1. Einführung
(Verfahrensablauf, Organisatorische Trennung und Abgrenzung vom Erkenntnisverfahren, Grundgesetz, strafrechtlicher Schutz)
2. Vollstreckungsarten und Vollstreckungsorgane
3. Vollstreckungstitel und vorläufige Vollstreckbarkeit
 - 3.1. Schadenersatz bei Wegfall der Vollstreckbarkeit
 - 3.2. Vollstreckung aus ausländischen Titeln
4. Vollstreckungsklausel
 - 4.1. Qualifizierte Vollstreckungsklauseln §§ 726, 727 ZPO
 - 4.2. Weitere vollstreckbare Ausfertigung § 733 ZPO
 - 4.3. Erteilungsverfahren
 - 4.4. Rechtsbehelfe
5. Zustellung als Vollstreckungsvoraussetzung
 - 5.1. Zustellungsarten und -organe
 - 5.2. Funktion der Zustellung
 - 5.3. Heilung von Zustellungsmängeln
6. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen
 - 6.1. Sicherheitsleistung
 - 6.2. Sicherungsvollstreckung
 - 6.3. Vorrats- und Dauerpfändung
 - 6.4. Zug-um-Zug-Leistung
 - 6.5. Vollstreckungshindernisse
7. Vollstreckungsschutz
 - 7.1. Die allgemeinen und von Amts wegen zu beachtenden Schutzbestimmungen
 - 7.2. Der besondere Vollstreckungsschutz
 - 7.3. Die Generalklausel des § 765 a ZPO
8. Rechtspflegererinnerung

II. Sachpfändung (Mobiliarvollstreckung)

1. Allgemeines – Definition
 - 1.1. Abgrenzung zur Immobiliervollstreckung
 - 1.2. Ausnahmen vom Trennungsprinzip
 - 1.3. Verfahrensablauf
2. Sachpfändung durch den Gerichtsvollzieher
 - 2.1. Die allgemeinen Schutzbestimmungen des § 803 ZPO
 - 2.2. Der Gewahrsam als Voraussetzung der Vollstreckung und die Inbesitznahme durch den Gerichtsvollzieher gem. § 808 ZPO
 - 2.3. Inbesitznahme und Wertschätzung durch den Gerichtsvollzieher gemäß §§ 808 Abs. 1 u. 2, 813 ZPO
 - 2.4. Pfändung beim Gläubiger oder beim Dritten gem. § 809 ZPO
 - 2.5. Die Mehrfach- und Anschlusspfändung gem. §§ 826, 827 ZPO
 - 2.6. Gewaltanwendung durch den Gerichtsvollzieher, §§ 758 – 758a ZPO, Art. 13 GG
3. Der Vollstreckungsschutz bei der Sachpfändung
 - 3.1. Der von Amts wegen zu beachtende Vollstreckungsschutz
 - 3.2. Die Austauschpfändung gem. §§ 811 a – b ZPO
 - 3.3. Das Verwertungsmoratorium des § 813 a ZPO
 - 3.4. Die Generalklausel des Schuldnerschutzes gem. § 765 a ZPO
4. Die Verwertung gepfändeter Sachen
 - 4.1. Die Behandlung gepfändeten Geldes
 - 4.2. Die Verwertung durch öffentliche Versteigerung
 - 4.3. Die Empfangsnahme des Erlöses und Übergabe des Titels
 - 4.4. Die andere Art der Verwertung gem. § 825 ZPO

III. Verfahren zur Abgabe der Offenbarungsversicherung

1. Systematische Einordnung
2. Voraussetzungen für das Offenbarungsverfahren gem. § 807 ZPO
3. Das Schuldnerverzeichnis, § 915 ZPO
4. Abnahme der OV durch den Gerichtsvollzieher
5. Soforttermin bei kombinierter Sachpfändung
6. Ordentlicher Termin zur Abgabe der Offenbarungsversicherung
7. Nachbesserungs- oder Ergänzungs-OV
8. Widerspruch gem. § 900 Abs. 4 nF ZPO
9. Die Haftanordnung, §§ 901 ff ZPO

IV. Forderungspfändung

1. Verfahren der Forderungspfändung
 - 1.1. Systematische Einordnung
 - 1.2. Forderungsarten
 - 1.3. Geldforderung – Pfändbarkeit allgemein
 - 1.4. Verfahren – allgemein
 - 1.5. Wirkung der Zustellung eines Pfändungsbeschlusses
 - 1.6. Erweiterte Auskunftspflichtung gemäß § 840 ZPO
 - 1.7. Die Verwertung

- 1.8. Mehrfache Pfändung
- 1.9. Herausgabeordnung gem. § 836 Abs. 3 S. 3 ZPO
- 1.10. Auskunftsoffenbarung gem. § 836 Abs. 3 S. 2 ZPO
- 1.11. Vorpfändung
- 1.12. Zusammentreffen von Pfändung und Abtretung
2. Pfändung von Arbeitseinkommen
 - 2.1. Allgemeines – Definition
 - 2.2. Das Verfahren
 - 2.3. Der Pfändungsschutz des § 850 c ZPO
 - 2.4. Antrag gem. § 850 c Abs. 4 ZPO
 - 2.5. Der Pfändungsschutz des § 850 d ZPO
 - 2.6. Die Rangordnung des § 850 d Abs. 2 ZPO
 - 2.7. Das Prinzip der Vorratspfändung
 - 2.8. Die Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen
 - 2.9. Der Kontenschutz des § 850 k ZPO
3. Die Pfändung von Sozialleistungen
4. Besonderheiten (§§ 850 f, 850 g, 850 e Nr. 4 ZPO
 - 4.1. Der Pfändungsschutz gem. § 850 f ZPO (Abs. 1 lit a) – c))
 - 4.2. Die verschärfte Pfändung gem. § 850 f Abs. 2 ZPO
 - 4.3. Erweiterter Pfändungszugriff gem. § 850 f Abs. 3 ZPO
 - 4.4. Änderung der Unpfändbarkeitsvoraussetzungen gem. § 850 g ZPO
 - 4.5. Zusammentreffen mehrerer Pfändungen insbes. § 850 e Nr. 4 ZPO
5. Pfändung von Herausgabeansprüchen §§ 846, 847 ZPO
 - 5.1. Systematische Einordnung
 - 5.2. Verfahren
 - 5.3. Pfändung und Vollstreckungsschutz

V. Besondere Vollstreckungsarten

1. Herausgabevollstreckung
 - 1.1. Herausgabe oder Leistung beweglicher Sachen – Allgemeines
 - 1.2. Abgrenzung der Vollstreckungsarten im Hinblick auf die Herausgabevollstreckung gem. §§ 883, 884 ZPO
 - 1.3. Die Herausgabe beweglicher Sachen im einzelnen
 - 1.4. Die Herausgabe einer unbeweglichen Sache
 - 1.5. Vollstreckungsschutz
 - 1.6. Pfändung und Überweisung des Herausgabeanspruchs gem. § 886 ZPO
2. Handlungs- und Duldungsvollstreckung
 - 2.1. Allgemeines, Gemeinsamkeiten, Unterschiede
 - 2.2. Vertretbare Handlungen
 - 2.3. Unvertretbare Handlungen
 - 2.4. Unterlassungs- und Duldungsansprüche
 - 2.5. Unterschiede und Parallelen, §§ 888, 890 ZPO

B 9: Zivilprozess- und Kostenrecht (95 Doppelstunden)

A. Die Prozessmaximen

I. Die Dispositionsmaxime

II. Die Verhandlungsmaxime oder der Beibringungsgrundsatz

III. Der Grundsatz der Mündlichkeit

IV. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit

V. Der Grundsatz der Öffentlichkeit

VI. Der Anspruch auf rechtliches Gehör

B. Der Ablauf eines Zivilprozesses

I. Einreichung der Klage bei Gericht

II. Zustellung der Klage an den Gegner

III. Fortsetzung des Verfahrens

IV. Terminsvorbereitung

V. Mündliche Verhandlung

C. Prozessvoraussetzungen als Zulässigkeitsvoraussetzung

I. Der Rechtsweg

II. Die sachliche Zuständigkeit

1. Wert des Streitgegenstandes
2. Der Prozessstreitwert
3. Wertfestsetzung gem. § 3 ZPO
4. Berechnung des Prozessstreitwerts

III. Die örtliche Zuständigkeit

1. Der allgemeine Gerichtsstand
2. Die besonderen/ausschließlichen Gerichtsstände

IV. Die funktionelle Zuständigkeit

V. Prüfung der Zuständigkeit

VI. Der Wert des Streitgegenstands in Bezug auf das Kostenrecht

1. Der Gebührenstreitwert für die Gerichtsgebühren
2. Der Gegenstandswert für die Rechtsanwaltsgebühren

VII. Die Parteifähigkeit

VIII. Die Prozessfähigkeit

IX. Die Postulationsfähigkeit

X. Die Streitgenossenschaft

D. Die Vertretung im Prozess

I. Gesetzliche Vertretung

II. Rechtsgeschäftliche Vertretung

1. Umfang der Prozessvollmacht
2. Wirkung der Handlungen des Prozessbevollmächtigten
3. Erlöschen der Vollmacht

III. Prozessführungsbefugnis

E. Die Arten der Klage

I. Die Leistungsklage

II. Die Feststellungsklage

III. Die Gestaltungsklage

F. Die Klageerhebung

I. Klageschrift, obligater Inhalt

1. Zulässigkeitsvoraussetzung der ordnungsgemäßen Klageerhebung
2. Bestimmende oder vorbereitende Schriftsätze
3. Bestimmter Antrag

II. Die Wirkungen der Klageerhebung

1. Die Rechtshängigkeit
2. Die Klageänderung

G. Gerichtskosten

I. Gebühren und Auslagen

II. Kosten- oder Gebührenbefreiung

1. Einforderung der Kosten
2. Fälligkeit
3. Vorauszahlung oder Vorschuss
4. Kostenschuldner
5. Erinnerung bzw. Beschwerde gegen den Kostenansatz

H. Außergerichtliche Kosten – Anwaltskosten

I. Gegenstandswert in gerichtlichen Angelegenheiten

II. Gebührenhöhe

III. Fälligkeit

IV. Vorschuss

V. Gebühren und Auslagen

1. Verfahrensgebühr
2. Terminsgebühr
3. Einigungsgebühr
4. Auslagen

VI. Terminsanwalt, Unterbevollmächtigter, Verkehrsanwalt

I. Der äußere Ablauf des Prozesses

I. Prozessleitung durch das Gericht

II. Fristen und Termine

III. Ladungen und Zustellungen

IV. Die mündliche Verhandlung

J. Verhalten der Parteien während des Prozesses

I. Prozesshandlungen

1. Erwirkungs- und Bewirkungshandlungen
2. Bedingungsfeindlichkeit von Prozesshandlungen

II. Verhalten der Parteien

1. Bestreiten des Anspruchs
2. Einreden im prozessrechtlichen Sinne
3. Einrede der Verjährung
4. Das Geständnis
5. Die Aufrechnung
6. Anerkenntnis oder Verzicht
7. Die Widerklage

III. Erledigung des Rechtsstreits ohne Urteil

1. Die Klagerücknahme
2. Die Erledigung der Hauptsache
3. Der Vergleich im Prozess

K. Der Beweis

I. Volle richterliche Überzeugung

II. Streng- und Freibeweis

III. Beweisgegenstand

IV. Beweisarten

1. Haupt- und Gegenbeweis
2. Unmittelbarer und mittelbarer (Indizien-)Beweis

V. Beweisantritt und Reaktion des Gerichts

1. Zeugen- und/oder Sachverständigenbeweis
2. Beweisantritt durch andere Beweismittel

VI. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung

VII. Behauptungs- und Beweislast

1. Gesetzliche Regelungen
2. Allgemeiner Grundsatz
3. Beweislastumkehr

VIII. Das Beweisaufnahmeverfahren

L. Die gerichtlichen Entscheidungen

I. End- und Zwischenurteile

II. Sach- und Prozessurteile

III. Voll- und Teilurteile

IV. Leistungs-, Feststellungs- und Gestaltungsurteile

V. Streitige (kontradiktorische) Urteile und Versäumnisurteile

VI. Vollstreckbarkeitserklärung und Kostenentscheidung

M. Die Rechtskraft

I. Die formelle Rechtskraft

II. Die materielle Rechtskraft

III. Beseitigung der materiellen Rechtskraft

N. Das Säumnisverfahren

I. Voraussetzungen

II. Säumnis des Beklagten

III. Säumnis des Klägers

IV. Der Einspruch; die sog. beschränkte Berufung

O. Die Rechtsmittel

I. Zulässigkeit

II. Die Berufung

III. Die Revision

IV. Die Beschwerde

1. Die sofortige Beschwerde
2. Die Rechtsbeschwerde

V. Gerichts- und Rechtsanwaltskosten im Rechtsmittelverfahren

P. Die Kostenfestsetzung

I. Kostenfestsetzung gemäß §§ 103 ff ZPO

1. Der Kostenerstattungsanspruch
2. Gegenseitige Kostenerstattungsansprüche
3. Kostenteilung

II. Das Verfahren

1. Allgemeine Prozessvoraussetzungen
2. Besondere Verfahrensvoraussetzungen
3. Rechtliches Gehör
4. Begründetheit
 - 4.1. Erstattungsfähigkeit von Gerichtskosten und außergerichtlichen Kosten
 - 4.2. Erstattungsfähigkeit von Vorbereitungskosten
5. Die Entscheidung

- III. Kostenfestsetzung gegen Streitgenossen**
- IV. Bekanntgabe des Kostenfestsetzungsbeschlusses**
- V. Vereinfachtes Kostenfestsetzungsverfahren gem. § 105 ZPO**
- VI. Aufhebung bzw. Abänderung der zugrunde liegenden Entscheidung**
 - 1. Schadensersatzanspruch gem. § 717 Abs. 2 ZPO
 - 2. Rückfestsetzung
- VII. Rechtsmittel gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss**
- Q. Die Vergütungsfestsetzung**
 - I. Gegenstand der Vergütungsfestsetzung**
 - II. Das Verfahren**
 - 1. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen
 - 2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen
 - 3. Einreden und Einwendungen
 - III. Die Entscheidung**
 - 1. Haftung mehrerer Auftraggeber
 - 2. Kosten des Vergütungsfestsetzungsverfahrens
 - 3. Kostenentscheidung
 - 4. Zustellung des Beschlusses
 - IV. Rechtsmittel gegen den Vergütungsfestsetzungsbeschluss**
- R. Prozesskostenhilfe**
 - I. Zweck der PKH**
 - II. Bewilligungsvoraussetzungen**
 - 1. Subjektive Voraussetzungen
 - 2. Objektive Voraussetzungen
 - 3. Einsatz des Einkommens
 - 4. Einsatz des Vermögens

III. Verfahren

1. Antrag
2. Prüfungsverfahren
3. Bewilligung
4. Zahlungen

IV. Beiordnung eines Rechtsanwalts

1. Umfang der Beiordnung
2. Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts

S. Das Mahnverfahren

I. Der Mahnantrag

1. Zulässigkeitsvoraussetzungen
2. Bezeichnung des Anspruchs

II. Gerichts- und Anwaltsgebühren

III. Die Entscheidung über den Mahnantrag

1. Prüfungsmöglichkeit und Prüfungspflicht
2. Nebenforderungen

IV. Widerspruch

1. Antrag auf Durchführung des streitigen Verfahrens
2. Abgabe
3. Vereinbarter, ausschließlicher Gerichtsstand
4. Kosten des Streitverfahrens

V. Vollstreckungsbescheid

VI. Einspruch

VII. Rücknahme von Mahnantrag, Widerspruch, Streit Antrag, Einspruch

1. Verfahrensrechtliche Folgen
2. Gebührenrechtliche Folgen

VIII. Kosten des Mahnverfahrens in der Kostenfestsetzung

T. Verfahrens- und Kostenrecht in Familiensachen

I. Begriffsdefinition

1. Ehesachen
2. Kindschaftssachen
3. Abstammungssachen
4. Adoptionssachen
5. Ehewohnungs- und Haushaltssachen
6. Gewaltschutzsachen
7. Versorgungsausgleichssachen
8. Unterhaltssachen
9. Güterrechtssachen
10. Sonstige Familiensachen
11. Lebenspartnerschaftssachen

II. Besonderheiten in Ehesachen und Familienstreitsachen

III. Verbundverfahren

IV. Beschlussentscheidung

V. Verfahrenskostenhilfe

1. Beiordnung eines Rechtsanwalts
2. Beiordnung eines auswärtigen Rechtsanwalts

VI. Kostenrechtliche Vorschriften des FamFG

VII. Kostenerstattung

VIII. Einstweilige Anordnungen

IX. Rechtsmittel

1. Die Beschwerde
2. Die Rechtsbeschwerde

X. Verfahrenswerte in Familiensachen

1. Wertvorschriften des FamGKG
2. Wertvorschriften des RVG

XI. Gerichts- und Anwaltskosten in Familiensachen

U. Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger

I. Zulässigkeit

1. Antragsberechtigung
2. Vordruckzwang
3. Zuständigkeit

II. Verfahrensablauf

1. Verfahrensverbindung
2. Verfahren bei zulässigem Antrag
3. Festsetzung

III. Einwendungen des Antragsgegners

1. Über deren Begründetheit das Gericht entscheidet
2. Über deren Zulässigkeit das Gericht entscheidet

IV. Verfahrensgang bei Einwendungen

1. Rechtsmittel im vereinfachten Verfahren
2. Verbund mit Vaterschaftsfeststellung
3. Kosten im vereinfachten Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger

B 10 Organisations- und Verwaltungskunde (30 Doppelstunden)

A. Rechtliche Funktionen in der Justiz

I. Die verschiedenen Zuordnungsbereiche einer justiziellen Organisationseinheit

Die Vielschichtigkeit des Handelns im Justizbereich soll verdeutlicht werden an folgenden Vorgängen: Der Amtsgerichtsdirektor

- bestellt beim Heizölhändler Öl für die Gerichtsheizung,
- erstellt eine dienstliche Beurteilung für einen Beamten,
- lehnt die Einsicht in die Akten eines Rechtsstreits durch einen nicht am Verfahren beteiligten Dritten ab,
- lehnt es als zuständiger Prozessrichter ab, dass dem Klägervertreter die Prozessakten zur Einsicht in die Kanzlei übersandt werden.

Erörterung der jeweiligen rechtlichen Funktion des Handelnden.

I. Die Teilnahme am allgemeinen Rechtsverkehr

II. Die Funktion als Verwaltungshandelnder

1. Verwaltungsrechtlicher Organisationsaufbau
2. Der Begriff des Verwaltungsaktes
3. Verwaltungsrechtlicher Rechtsschutz

III. Das Beamtenrecht

1. Beamtenbegriff
2. Begründung des Beamtenverhältnisses
3. Arten des Beamtenverhältnisses
4. Dienstherr, Dienstvorgesetzter
5. Verwaltungsakte im Beamtenverhältnis
6. Rechtsschutz

IV. Der Justizverwaltungsakt nach § 23 EGGVG

1. Begriff, Abgrenzung zu den Rechtsprechungs- und Rechtspflegeakten
2. Der besondere Rechtsweg

B. Grundzüge der Organisationslehre in der Justiz

I. Organisation der Justizbehörden

1. Die Doppelfunktion („Das Kammergericht“/“Die Präsidentin des Kammergerichts“.)
2. Der Aufbau der Justizbehörde
3. Die Funktion des Behördenvorstandes
4. Vorgesetztenfunktion; Dienstaufsicht
5. Besonderheiten
 - 5.1. Bezüglich der Richter
 - 5.2. Bezüglich der Rechtspfleger
6. Die Dienstaufsichtsbeschwerde
 - 6.1. Disziplinierungsanregung, Rechtsbehelf im weiteren Sinne
 - 6.2. Einschränkungen im Hinblick auf die sachliche Unabhängigkeit von Richtern und Rechtspflegern

II. Bedeutung des Haushaltsrechts

1. Der Staatshaushalt
 - 1.1. Gliederung
 - 1.2. Haushaltsklarheit und –wahrheit
 - 1.3. Deckungsprinzip
2. Der Einzelhaushalt
 - 2.1. Die Zuweisung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan
 - 2.2. Die Einzelausstattung der Gerichte
 - 2.3. Die Verwendung von Haushaltsmitteln

B 11: Strafrecht und Strafprozessrecht (35 Doppelstunden)

A. Einführung in das Strafrecht

I. Begriff des Strafrechts, seine Stellung innerhalb der Rechtsordnung sowie seine innere Ordnung

1. Begriff des Strafrechts i.w.S. (einschl. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten)
2. Stellung des Strafrechts innerhalb der Rechtsordnung
3. Innere Ordnung des Strafrechts i.e.S. (sog. Drei-Säulen-Theorie, materielles und formelles Strafrecht)

II. Sinn des Strafrechts i.e.S. und der Strafen

1. Rechtsgüterschutz
2. Vergeltung, General- und Spezialprävention

III. (Überblick über die) Rechtsfolgen des Strafrechts i.e.S.

1. Formelle und informelle Rechtsfolgen
2. Rechtsfolgen nach dem Strafgesetzbuch (Überblick)
3. Rechtsfolgen nach dem Jugendgerichtsgesetz (Überblick)

IV. Formelle Rechtsfolgen des Strafrechts i.e.S. im Einzelnen

1. Strafen
 - 1.1. Freiheitsstrafe und Jugendstrafe (einschl. Aussetzungsmöglichkeiten), Geldstrafe
 - 1.2. Nebenstrafe Fahrverbot
2. Nebenfolgen, Verfall und Einziehung
3. Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel
4. Maßregeln der Besserung und Sicherung
 - 4.1. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt oder in der Sicherungsverwahrung
 - 4.2. Führungsaufsicht
 - 4.3. Entziehung der Fahrerlaubnis
 - 4.4. Berufsverbot

V. Bundeszentralregister

B. Strukturen des Strafrechts i.e.S. und strafbaren Verhaltens

I. Geltungsbereich des Strafgesetzbuches und Gesetzlichkeitsprinzip des Strafrecht

1. Inlands- und Auslandstaten
2. Bestimmtheitsgrundsatz (Gesetzesvorbehalt)
3. Verbot strafbegründenden und strafschärfenden Gewohnheitsrechts sowie Analogieverbot zu Lasten des Täters
4. Rückwirkungsverbot

II. Elemente der Strafbarkeitsprüfung

1. Tatbestand(smäßigkeit)
2. Rechtswidrigkeit
3. Schuld

III. Ausgewählte Deliktstypen

1. Vorsätzliche und fahrlässige Begehungsdelikte
2. Echte und unechte sowie vorsätzliche und fahrlässige Unterlassungsdelikte

IV. Täterschaft und Teilnahme

1. Allein- und Mittäterschaft, Nebentäterschaft, mittelbare Täterschaft
2. Anstiftung und Beihilfe

V. Versuch

VI. Irrtumsfragen

VII. Handlungseinheit und Handlungsmehrheit (mit jeweils möglicher Gesetzeskonkurrenz)

1. Handlungseinheit
2. Handlungsmehrheit
3. Gesamtstrafenbildung (§§ 54, 55 StGB)

VIII. Ausgewählte Straftatbestände

1. Körperverletzungs- und Tötungsdelikte
2. Vermögensdelikte
3. Straßenverkehrsdelikte

C. Grundzüge des Strafverfahrensrechts

I. Zuständige Behörden

II. Ablauf des Strafverfahrens

1. Ermittlungsverfahren
2. Zwischenverfahren
3. Hauptverfahren
4. Ausgewählte besondere Verfahrensarten
 - 4.1 Strafbefehlsverfahren
 - 4.2 Sicherungsverfahren
 - 4.3 Beschleunigtes Verfahren
5. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe
 - 5.1 Rechtsmittel: Berufung, Revision, Beschwerde, Einspruch
 - 5.2 Rechtsbehelfe: Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Wiederaufnahme des Verfahrens, Verfassungsbeschwerde

III. Aufgaben des Rechtspflegers bei rechtskraftrelevanten Erklärungen zu Protokoll der Geschäftsstelle (Rechtsantragsstelle)

1. Einlegung und Begründung der Berufung
2. Einlegung und Begründung der Revision
3. Einspruch gegen Strafbefehl
4. Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
5. Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens

B 12: Grundstücksrecht der neuen Bundesländer

Vorbemerkung:

Bei den Gegenständen dieses Studienplans handelt es sich um Besonderheiten, die aus der Übernahme von Institutionen des Sachenrechts der DDR in das Bundesrecht entstanden sind, aber auch um Rechtssituationen, die auf der Abwicklung, Überleitung und Umformung von DDR-Recht beruhen. Zum Teil – z.B. was die Fragen der Restitution angeht – handelt es sich um außerordentliche Probleme von rechtlicher, rechtshistorischer und gesellschaftspolitischer Bedeutung. Teile dieses Studienplanes werden deshalb auf Dauer aktuell sein, wer verantwortlich in der Justiz arbeitet, hat sie zu kennen. Daneben wird es Teile geben, die durch die Rechtsentwicklung an Bedeutung verlieren. Die jeweils mit der Vorlesung „Grundbuchwesen“ betraute Lehrperson wird zu entscheiden haben, inwieweit dies der Fall ist.

A. Grundstückseigentum; Eigentumsneuordnung, Grundstücksverkehr

I. Regelungen über die Aufteilung und Überleitung des sozialistischen Eigentums

1. Die Eigentumsarten im Recht der
2. Das Volkseigentum
 - 2.1. Arten, Bedeutung
 - 2.2. Der Rechtsträgerbegriff
 - 2.3. Die Überleitungsregelungen anhand der häufigsten Rechtsträgerfälle
 - 2.3.1. Gebietskörperschaften
 - 2.3.2. Volkseigene Betriebe
 - 2.3.3. VEB der Wohnungswirtschaft
 - 2.3.4. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften
 - 2.3.5. Genossenschaften der Wohnungswirtschaft
3. Das genossenschaftliche Eigentum
 - 3.1. Genossenschaftsarten; Wesen und Bedeutung der Sozialistischen Genossenschaften
 - 3.2. Genossenschaftliches Vermögen in der Landwirtschaft
 - 3.3. Genossenschaftliches Vermögen im Handwerk
4. Das Eigentum der gesellschaftlichen Organisationen
5. Das grundbuchamtliche Verfahren
6. Besonderheiten in Bezug auf die Verfügungsbefugnis vor Grundbuchvollzug

II. Die Rückgängigmachung sog. Teilungsunrechts („Restitution“) aufgrund des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen

1. Grundsätze
2. Ausgeschlossene Vorgänge (insb. Bodenreform)
3. Rückerstattungsfälle
4. Ausnahmen bei sog. Redlichem Erwerb
5. Ausnahmen aus sonstigen Gründen
6. Übersicht über das Verfahren
7. Entscheidung; Grundbuchvollzug
8. Die Sicherung der Restitution durch die Genehmigungspflicht nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO).

B. Änderungen des Sachenrechts im EGBGB

I. Dingliche Nutzungsrechte und Gebäudeeigentum

1. Der Begriff des Nutzungsrechts
2. Die praktisch bedeutsamsten Fälle
 - 2.1. §§ 287 – 290 ZGB
 - 2.2. §§ 291 – 294 ZGB
 - 2.3. §§ 312 – 315 ZGB
 - 2.4. § 459 ZGB
3. Das Gebäudeeigentum als Folge der Ausübung des Nutzungsrechts
4. Überleitungsregelungen
 - 4.1. Fortgeltung von Nutzungsrechten
 - 4.2. Gutgläubensschutz bei nichteingetragenen Rechten
 - 4.5. Fortgeltung des Gebäudeeigentums
 - 4.6. Neuentstehung des Gebäudeeigentums; Erlöschen des Gebäudeeigentums
5. Anlegung des Gebäudegrundbuchs

II. Die Mitbenutzungsrechte

1. Wesen und Inhalte
2. Weitergeltung
3. Eintragung, Erlöschen
4. Verfügungen über MbR

III. Die Sicherungsrechte

1. Übergangsregelungen (auch bezüglich sog. Altrechte)
2. Die Hypothekenarten des ZGB
 - 2.1. Die reguläre Sicherungshypothek des § 452 ZGB
 - 2.2. Die Aufbauhypothek des § 456 ZGB
3. Die Fortgeltung der bestehenden Rechte
4. Verfügungen über fortbestehende Rechte
5. Rangfragen bei der Aufbauhypothek
6. Das Erlöschen nach Tilgung

IV. Grundzüge des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes

V. Die Abwicklung der Bodenreform

VI. Das Grundstückseigentum von Ehegatten

Teil C

Der Zweite Studienabschnitt (Fachtheoretischer Teil)

C 1: Familienrecht (25 Doppelstunden)

A. Vertiefung des Betreuungsrechts

I. Vergütung und Auslagenersatz

1. Ansprüche ehrenamtlicher Vormünder und Betreuer
 - 1.1 Grundsatz der Unentgeltlichkeit, Ermessensvergütung
 - 1.2 Auslagenersatz
2. Ansprüche des Berufsvormunds
3. Ansprüche der Berufsbetreuer
 - 3.1 Stundenersatz und Stundenansatz
 - 3.2 Auslagenersatz
4. Ansprüche der Verfahrenspfleger
5. Mittellosigkeit und Staatshaftung
6. Festsetzungsverfahren

II. Inhalte des Verpflichtungs- und des Einführungsgesprächs

III. Genehmigungsfähigkeit von Rechtsgeschäften

IV. Berücksichtigung der Wünsche des Betreuten, Meinungsverschiedenheiten

V. Zwangsbefugnisse im Betreuungsrecht

- VI. Inhalt des Vermögensverzeichnisses, Umfang der Überprüfung**
- VII. Umfang und Prüfung der Rechnungslegung und der Berichterstattung**
- VIII. Abgrenzung zwischen rechtlicher und sozialer Betreuung**
- IX. Befreiungsmöglichkeiten (§ 1817 BGB), Voraussetzung und Umfang**
 - A. Grundzüge des materiellen Unterhaltsrechts des Kindes,**
 - B. Grundzüge des Namensrechts des Kindes**
 - C. Aktuelle Fragen aus der familien- und betreuungsgerichtlichen Praxis²**

C 2: Grundstücks- und Grundbuchrecht (25 Doppelstunden)

- I. Gegenstand der Lehrveranstaltungen ist die vertiefende Betrachtung der folgenden Grundstücksrechte**
 - Nießbrauch
 - Grunddienstbarkeit
 - Beschränkte persönliche Dienstbarkeit, auch Wohnungsrecht
 - Vormerkung
 - Vorkaufsrecht
 - Reallast

² Die Festlegung obliegt der jeweiligen Lehrperson. Ausgewählt werden sollen grundsätzlich nur Fälle, die die Rechtspflegertätigkeit betreffen. Abwegige „Orchideenfälle“ sind zu vermeiden, ein Zusammenhang zu den bisherigen Lehrgegenständen ist aufzuzeigen.

II. Gegenstand der Besprechung sollen Spezialfragen sein aus den Bereichen:

- Begründung
- Belastungsgegenstand
- Berechtigter
- Inhalt
- Übertragung
- Erlöschen

Bei den Erörterungen ist auch die aktuelle Rechtsprechung zu behandeln.

C 3: Nachlassrecht (20 Doppelstunden)

I. Die Nachlasspflegschaft

1. Arten der Nachlasspflegschaft (Sicherungspflegschaft, § 1960 BGB; Prozesspflegschaft, § 1961 BGB; Nachlassverwaltung, § 1975 BGB)
2. Voraussetzungen der Anordnung der Nachlasspflegschaft bzw. Nachlassverwaltung
3. Zuständigkeiten (sachlich, örtlich, funktionell)
4. Aufgaben und Stellung des Nachlasspflegers nach § 1960 und nach § 1961 BGB und des Nachlassverwalters nach § 1975 BGB
5. Vergütung und Aufwändungsersatz des Nachlasspflegers

II. Besonderheiten bei der gesetzlichen Erbfolge

1. Adoption und Erbfolge
 - 1.1. Minderjährigenadoption
 - 1.2. Volljährigenadoption
 - 1.3. Besonderheiten (Stiefkind- und Verwandten- und Altadoptionen)
2. Verschollenheit – Lebens-/Todesvermutung
3. Erbrecht des nasciturus
4. Pflegschaften in den Fällen 2 und 3

III. Die Haftung des Erben

1. Grundsatz der unbeschränkten Haftung
2. Beschränkbarkeit
3. Die Tätigkeit des Rechtspflegers in diesem Bereich

C 4: Handels-, Gesellschafts- und Registerrecht (15 Doppelstunden)

I. Spezialprobleme aus dem HRA

1. Rechtsnachfolge bei Einzelkaufmännischen Unternehmen
2. Vertretung bei Personenhandelsgesellschaften
3. Haftung bei Personenhandelsgesellschaften
4. Firmenfortführung

II. Spezialprobleme aus dem GmbH-Recht

1. Geschäftsführerwechsel
2. Anfechtbarkeit und Nichtigkeit von Gesellschafterbeschlüssen
3. Auflösung und Fortsetzung einer GmbH
4. Auslandsberührung
5. Notvertreter

III. Übertragung von Gesellschaftsanteilen

1. Rechtsgeschäftlicher und erbrechtlicher Erwerb von OHG-Anteilen
2. Rechtsgeschäftlicher und erbrechtlicher Erwerb von KG-Anteilen
3. Rechtsgeschäftlicher Erwerb und Teilung von GmbH-Anteilen
4. Erbrechtlicher Erwerb von GmbH-Anteilen
5. Haftung bei der Anteilsveräußerung bei Personenhandelsgesellschaften

Teil D

Der Dritte Studienabschnitt

D 1: Handels- Gesellschafts- und Registerrecht (10 Doppelstunden)

I. GmbH & Co. KG

1. Arten
2. Gründung
3. Organisation
 - 3.1. Geschäftsführung und Vertretung
 - 3.2. Gesellschafterversammlung
 - 3.3. Aufsichtsrat
 - 3.4. Wettbewerbsverbot
4. Finanzierung
5. Haftung
6. Gesellschafterwechsel
7. Beendigung

II. Die Aktiengesellschaft

1. Die Gründung
2. Beschlussfassung
3. Der Vorstand
4. Der Aufsichtsrat
5. Abwicklung, Fortsetzung und Löschung der Aktiengesellschaft

III. Zweigniederlassung

IV. Auslandsbezug

1. Ausländische Beurkundungen und Beglaubigungen
2. Ausländische Vertretungsorgane
3. Europäische Gesellschaftsformen
4. Ausländische Gesellschaften

V. Sitzverlegung

VI. Umwandlungsrecht

VII. Verfahren und Rechtsbehelfe

D2 : Grundstücks- und Grundbuchrecht (10 Doppelstunden)

I. Zwangshypothek

1. Bedeutung
2. Eintragungsvoraussetzungen
3. Entscheidungen des Grundbuchamtes
4. Eintragung der Zwangshypothek
5. Rechtsbehelfe
6. Mängel bei der Grundbucheintragung
7. Übergang auf den Grundstückseigentümer

II. Arresthypothek

1. Allgemeines
2. Anordnung des Arrestes
3. Vollziehung des Arrestes
 - 3.1. Wesen und Bedeutung der Arresthypothek
 - 3.2. Eintragungsvoraussetzungen
 - 3.3. Umwandlung der Arresthypothek in eine Zwangshypothek

III. Einstweilige Verfügung und Grundbuch

1. Allgemeines
2. Vormerkung
 - 2.1. Anordnung
 - 2.2. Eintragungsvoraussetzungen
 - 2.3. Wirkungen

IV. Gerichtliche Pfändungen und Grundbuch

1. Abteilung I des Grundbuchs
 - 1.1. Bruchteilsgemeinschaft
 - 1.2. Erbengemeinschaft
 - 1.3. Rechtsstellung des Grundstückserwerbers
2. Abteilung II des Grundbuchs
(z.B. Nießbrauch)
3. Abteilung III des Grundbuchs
 - 3.1. Briefhypothek
 - 3.2. Buchhypothek
 - 3.3. Fremdgrundschuld
 - 3.4. Eigentümergrundschuld
 - 3.5. Voll- und Teilpfändung
 - 3.6. Grundpfandrechtszinsen

D 3: Insolvenzrecht (50 Doppelstunden)

I. Einordnung und Zweck des Insolvenzverfahrens

1. Wirtschaftliche Auswirkungen der Insolvenzverfahren
2. Rechtliche Einordnung des Insolvenzrechts

II. Einblick in die Insolvenzordnung und das –verfahren

1. Aufbau der Insolvenzordnung
2. Darstellung des Verfahrensablaufs

III. Verfahrensbeteiligte

1. Insolvenzschuldner
2. Insolvenzgericht
3. Insolvenzverwalter/vorläufiger Insolvenzverwalter
4. Aussonderungsberechtigte Gläubiger
5. Absonderungsberechtigte Gläubiger
6. Massegläubiger
7. Insolvenzgläubiger
8. Organisation der Insolvenz- und Absonderungsgläubiger
 - 8.1. Gläubigerversammlung
 - 8.2. Gläubigerausschuss

IV. Insolvenzgründe

1. Zahlungsunfähigkeit
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit
3. Überschuldung

V. Insolvenzeröffnungsverfahren

1. Abgrenzung Zulassungs- und Prüfungsverfahren
2. Verfahrensvoraussetzungen
3. Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren
4. Entscheidung des Insolvenzgerichts
5. Rechtsmittel

VI. Wirkungen der Verfahrenseröffnung

1. Beschlagnahme des Schuldnervermögens
2. Verfügungsbeeinträchtigungen gem. §§ 80, 81, 91 InsO
3. Auswirkungen auf schwebende Vertragsverhältnisse
4. Auswirkungen auf das Grundbuchverfahren
5. Auswirkungen auf den familienrechtlichen Bereich
6. Gesellschaftsrechtliche Auswirkungen

7. Berufliche Beschränkungen
8. Einschränkungen staatsbürgerlicher Rechte
9. Auswirkungen auf Einzelzwangsvollstreckungsmaßnahmen

VII. Von der „Ist“- über die „Soll“- zur „Teilungsmasse“

1. Begriff der Insolvenzmasse (§§ 35, 36 InsO)
2. Aussonderung
3. Absonderung
4. Insolvenzanfechtung
5. Aufrechnung
6. Befriedigung der Massegläubiger

VIII: Verfahren zur Feststellung der Insolvenzforderungen

1. Begriff der Insolvenzforderung und der nachrangigen Insolvenzforderung
2. Feststellungsverfahren
 - 2.1. Anmeldung
 - 2.2. Prüfungstermin
3. Feststellungsprozess

IX. Die Verwertung und Verteilung

1. Verwertung
2. Verteilungsverfahren
3. Arten der Verteilung
 - 3.1. Abschlagsverteilung
 - 3.2. Schlussverteilung
 - 3.3. Nachtragsverteilung

X. Beendigung des Verfahrens

1. Aufhebung des Verfahrens
 - 1.1. Schlusstermin
 - 1.2. Grundsätzliches Recht der freien Nachforderung
2. Einstellung des Verfahrens
 - 2.1. Einstellung mangels Masse
 - 2.2. Masseunzulänglichkeit
 - 2.3. Wegfall des Insolvenzgrundes

XI. Besondere Verfahrensausgestaltungen

1. Eigenverwaltung, §§ 270 ff InsO
2. Grundzüge des Insolvenzplanverfahrens
3. Restschuldbefreiung

XII. Verbraucherinsolvenzverfahren

1. Außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren
2. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren
3. Vereinfachtes Insolvenzverfahren

D 4: Immobiliervollstreckungsrecht (60 Doppelstunden)

I. Arten der Immobiliervollstreckung

1. Zwangshypothek
2. Zwangsverwaltung
3. Zwangsversteigerung

II. Allgemeine Grundsätze

1. ZVG als Teil der ZPO
2. Zuständigkeit
3. Überblick über die Rangklassen des § 10 ZVG
4. Beteiligte (§ 9 ZVG)
5. Einzel- und Gesamtverfahren

III. Verfahrensordnung und Beitritt

1. Voraussetzungen
2. Entscheidungen
3. Beitritt

IV. Beschlagnahme

1. Wirksamwerden
2. Verfügungsverbot
3. Zwangsversteigerungsvermerk

V. Einstellung, Fortsetzung und Aufhebung des Verfahrens

1. Einstellung
2. Fortsetzung
3. Aufhebung

VI. Vorbereitung des Versteigerungstermins

VII. Ansprüche aus dem Grundstück (§§ 10 – 12 ZVG)

VIII. Geringstes Gebot

1. Deckungsgrundsatz, Übernahmegrundsatz
2. Berücksichtigung der Rechte und Ansprüche
3. Betreiben wegen Teilansprüchen

IX. Modifizierung des Deckungs- und Übernahmegrundsatzes

1. Die sog. Zuzahlungspflicht
2. Die sog. Liegenbelassung

X. Der Versteigerungstermin

1. Die Dreiteilung des Termins
2. Das Bietgeschäft
 - 1.1. Die Bietzeit
 - 1.2. Gebotsabgabe
 - 1.3. Sicherheitsleistung

XI. Schuldner- und Gläubigerschutz

1. Die 7/10-Grenze des § 74 a ZVG
2. Die 5/10-Grenze des § 85 a ZVG
3. § 765 a ZPO

XII. Die Folgen des Zuschlags

1. Eigentumserwerb
2. Erlöschen von Rechten
3. Nutzungen und Lasten
4. Schuldübernahme bei dinglichen Rechten
5. Forderungsverlust beim Rettungserwerb

XIII. Erlösverteilung

1. Teilungsplan
 - 1.1. Inhalt
 - 1.2. Rechtsbehelfe
2. Berücksichtigung von Ansprüchen und Rechten
3. Kapitalrechte
 - 3.1. Hypothek
 - 3.2. Eigentümergrundschild
 - 3.3. Sicherungsgrundschild
1. Nichtkapitalrechte
2. Bestimmung des Kapitalwertes
3. Geldrente
 - 3.1. Einmalige Kapitalzahlung
4. Bedingte Rechte

XIV. Der Lösungsanspruch ggü. Eigentümergrundschulden

1. Grundlagen
2. Die beteiligten Rechte
3. Auswirkungen in der Versteigerung
4. Behandlung im Verfahren

XV. Die Ausführung des Teilungsplanes

1. Bei Bezahlung
2. Bei Nichtzahlung
 - 2.1. Forderungsübertragung
 - 2.2. Sicherungshypothek

XVI. Besonderheiten bei der Versteigerung mehrerer Grundstücke

XVII. Teilungsversteigerung

1. Allgemeines
2. Gemeinschaften
3. Anordnung und Beitritt
4. Geringstes Gebot
5. Verteilung

XVIII. Zwangsverwaltung

D 5: Mobiliarvollstreckung (10 Doppelstunden)

I. Pfändung anderer Vermögensrechte

II. Einstweiliger Rechtsschutz

1. Erinnerung, einstweilige Einstellung
2. Vollstreckungsabwehrklage
3. Drittwiderspruchsklage
4. Einstweilige Einstellung in dringenden Fällen

D. 6: Familienrecht (15 Doppelstunden)

Themenschwerpunkte:

Ausgewählte Fragen insbesondere des Familien (Vormundschafts-, Pflegschafts-) und Betreuungsrechts, Einführung in das Adoptionsrecht und das Minderjährigenschaftsbeschränkungsgesetz, Vorstellung gesetzlicher Neuregelungen.

A. Ausgewählte Fragen des Familien-(Vormundschafts-, Pflegschafts-) und Betreuungsrechts

I. Pflegschaften

1. Ergänzungspflegschaft
 - 1.1 Allgemeine Voraussetzungen
 - 1.1.1 Umstrittene Anwendungsfälle
 - 1.1.2 Vor- und Nacherbschaft
 - 1.1.3 Erbaueinandersetzen
 - 1.1.4 Erbausschlagung
 - 1.1.5 Personenidentität zwischen Testamentvollstrecker und gesetzlichem Vertreter des minderjährigen Erben
 - 1.1.6 Minderjähriger Gesellschafter
 - 1.1.7 Pflegschaft zur Wahrnehmung des Zeugnisverweigerungsrecht
 - 1.1.8 Geltendmachung des kindlichen Unterhaltsanspruchs
 2. Abwesenheitspflegschaft
 3. Pflegschaft für unbekannte Beteiligte
 4. Pflegschaft für die Leibesfrucht, Abgrenzung zur Beistandschaft
 5. Das Vermögensverzeichnis nach § 1640 BGB

II. Verfahrensrechtliche Fragen

III. Vormundschaft

1. Anordnung
2. Mitvormundschaft

IV. Aufsichts- und Eingriffsrechte des Gerichts

1. Maßnahmen nach § 1837, 1886 BGB
2. Maßnahmen nach § 1846, 1693 BGB

- V. Beendigung, Aufhebung von Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung**
 - 1. Gesetzliche Beendigung, gerichtliche Aufhebung
 - 2. Pflichten des Vormunds, Pflegers, Betreuers nach Amtsbeendigung
 - 3. Unaufschiebbare Angelegenheiten
- B. Einführung in das Adoptionsrecht**
- I. Adoption Minderjähriger**
- II. Adoption Volljähriger**
- C. Überblick über das Minderjährigenschaftsbeschränkungsgesetz**
- D. Beendigung und Aufhebung der Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung**
- E. Pflichten des Vormund, Pflegers, Betreuers nach Beendigung des Amtes**
- I. Rückgabe der Besta(e)llungsurkunde**
- II. Rechenschaftsbericht**
- III. Vermögensherausgabe**
- IV. Rechnungslegungspflicht**
- F. Unaufschiebbare Angelegenheiten nach Tod des Mündels, Pfleglings, Betreuten**

D. 7: Nachlassrecht (10 Doppelstunden)

A. Die Rechtsstellung des Alleinerben

I. Berufung zum Erben

II. Annahme oder Ausschlagung?

1. Der vorläufige Erbe (Schwebezeit)
 - Besorgung erbschaftlicher Geschäfte (Haftung, Aufwendungsersatz)
 - Annahme und Anfechtung
 - Ausschlagung und Anfechtung
 - Überschuldung des Erblassers
 - Nachlasssicherung
2. Die „wirtschaftlichen“ Überlegungen des Erben
 - 2.1. Vermächtnisse
 - 2.2. Pflichtteilsberechtigte
 - 2.3. nichteheliche Kinder (ggf. Erbsatzanspruch)
 - 2.4. Kinder aus vorausgegangenen Ehen
 - 2.5. Erbrechtliche/güterrechtliche Lösung (bei Zugewinnngemeinschaft)
 - 2.6. Der nichteheliche Partner als (gewillkürter Erbe)

III. Der endgültige Erbe

1. Seine Rechte
 - 1.1. Rechtsübergang
 - 1.2. Erbschaftsanspruch
 - 1.3. Nachweis der Erbenstellung
2. Seine Pflichten (Haftungsfragen)
3. Seine Beschwerden/Beschränkungen
 - 3.1. Testamentsvollstreckung
 - 3.2. Nacherbfolge

IV. Rechte Dritter

1. Dritte gehen gegen die Verfügung von Todes wegen vor
 - 1.1. behauptete Testierunfähigkeit
 - 1.2. Auslegung
 - 1.3. Anfechtung
2. Vermächtnisnehmer, Auflagenbegünstigte
3. Pflichtteilsberechtigte

V. Rechtsgeschäfte des Erblassers unter Lebenden auf den Todesfall

1. Schenkungen
2. Sparbuch
3. Lebensversicherungen
4. Postmortale Vollmachten

VI. Erbschaftssteuer

B. Die Rechtsstellung von Miterben – Die Miterbengemeinschaft

I. Verpflichtungsgeschäfte

II. Verfügungen

1. über einzelne Nachlassgegenstände
2. über den Miterbenanteil

III. Verwaltung des Nachlasses

IV. Auseinandersetzung

D. 8: Strafvollstreckungsrecht (40 Doppelstunden)

I. Einführung

1. Begriff der Strafvollstreckung (und Abgrenzung zum Strafvollzug)
2. Strafvollstreckungsvorschriften (einschl. Jugendgerichtsgesetz)
3. Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde und Jugendrichter als Vollstreckungsleiter
4. Zuständigkeit des Rechtspflegers (auch im Verhältnis zum Strafvollzug)
5. Grundsatz der nachdrücklichen Vollstreckung

II. Voraussetzungen der Strafvollstreckung

1. Vorliegen einer vollstreckungsfähigen Entscheidung
2. Rechtskraft
3. Keine Vollstreckungshindernisse
 - 3.1 Vollstreckungsverjährung
 - 3.2 Gerichtliche Einstellung
 - 3.3 Strafaussetzung zur Bewährung
 - 3.4 Strafaufschub und Strafunterbrechung

3.5 Amnestie, Gnadenerweis, Immunität, Spezialität

III. Vollstreckung von Geldstrafen

1. Einforderung und Mahnung
2. Beitreibung
3. Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe
4. Freie Arbeit
5. Geldstrafenvollstreckung bei Insolvenz des Verurteilten

IV. Vollstreckung von Freiheitsstrafen und Jugendstrafen

1. Zuständigkeit der Justizvollzugs- und Jugend(straf)anstalten, Vollstreckungsplan
2. Ladung zum Strafantritt
3. Aufnahmeersuchen
4. Vorführungs- und Haftbefehl
5. Fahndungsmaßnahmen
6. Überführungs- und Unterbrechungsersuchen

V. Strafzeitberechnung

1. Allgemeine Regeln, Vollstreckungsreihenfolge
2. Strafbeginn
3. Anrechnung
4. Strafreue nach Unterbrechung
5. Halbstrafen- und Zweidrittelzeitpunkt
6. Vollstreckung mehrerer Freiheitsstrafen
7. „Zehn goldene Regeln“ der Strafzeitberechnung

VI. Nachträgliche Gesamtstrafenprüfung und –bildung sowie Vollstreckung dieser Strafe

1. Grund
2. Voraussetzungen
3. Vollstreckung

VII. Vollstreckung von Nebenstrafen und Nebenfolgen

1. Fahrverbot
2. Verlust der Amtsfähigkeit und Wählbarkeit
3. Verfall, Einziehung, Unbrauchbarmachung und Vernichtung von Gegenständen (Überblick)

VIII. Vollstreckung von Maßregeln der Besserung und Sicherung

1. Freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Sicherung
 - 1.1. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus
 - 1.2. Unterbringung in einer Entziehungsanstalt
 - 1.3. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung
 - 1.4. Zusammentreffen von Freiheitsstrafe und Unterbringung

2. Sonstige Maßregeln der Besserung und Sicherung
 - 2.1 Führungsaufsicht
 - 2.2 Entziehung der Fahrerlaubnis
 - 2.3 Berufsverbot

XI. Besonderheiten

1. Geldbuße und Erzwingungshaft
2. Ordnungsgeld, Zwangsgeld, Ordnungs- und Zwangshaft
3. Rechtsfolgen nach dem Jugendgerichtsgesetz (außer Jugendstrafe; s. hierzu oben IV. und V.)

X. Ausgewählte Entscheidungen der Vollstreckungsbehörde

1. Strafaufschub (§ 456 StPO)
2. Strafausstand (§ 455 StPO)
3. Zurückstellung der Strafvollstreckung (§§ 35, 36 BtMG)
4. Absehen von der Vollstreckung nach Abschiebung oder Auslieferung (§ 456 a StPO)

XI. Rechtsbehelfe in der Strafvollstreckung

D. 9: Zivilprozess- und Kostenrecht (10 Doppelstunden)

Themenschwerpunkte:

Ausgewählte Fragen des Zivilverfahrens- und Kostenrechts

A. Erstattungsfähigkeit von Kosten des Rechtsstreits

I. Gerichtskosten

II. Außergerichtliche Kosten

1. Parteikosten
2. Rechtsanwaltskosten
 - 2.1. Unterbevollmächtigter
 - 2.2. Reisekosten

III. Vorprozessuale Kosten

B. Verfahrensvoraussetzungen des Kostenfestsetzungsverfahrens

I. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen

II. Besondere Verfahrensvoraussetzungen

C. Einwendungen im Kostenfestsetzungsverfahren

I. Zulässige Einwendungen

II. Behandlung der Einwendungen

D. Beschwerde im Kostenfestsetzungsverfahren

I. Sofortige Beschwerde

II. Rechtsbeschwerde

D. 10: Internationales Privatrecht (30 Doppelstunden)

A. Methodische Grundlagen

I. Sachverhalt mit Auslandsbezug

II. Internationales Verfahrensrecht und Internationales Privatrecht

III. Internationale Zuständigkeit

1. Staatsverträge und europäisches Gemeinschaftsrecht
2. Autonomes deutsches Recht
 - 1.1. Geschriebene und ungeschriebene Regeln
 - 1.2. Besonderheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

IV. Lex fori Prinzip

V. Kollisionsrechtliche Prüfung

1. Sachnormen und Kollisionsrecht
2. Auffinden der maßgeblichen Kollisionsnorm des IPR der lex fori
 - 2.1. Funktion und Aufbau der Kollisionsnorm
 - 2.2. Arten von Kollisionsnormen
 - 2.3. Rechtsquellen
 - 2.3.1. Staatsverträge und europäisches Gemeinschaftsrecht
 - 2.3.2. Autonomes geschriebenes und ungeschriebenes Kollisionsrecht
3. Anwendung der Kollisionsnorm (Subsumtion)
4. Rechtsfolge: Verweisung
 - 4.1. Sachnorm- oder Gesamtverweisung
 - 4.2. Ermittlung und Anwendung ausländischen Rechts
 - 4.3. Rück- oder Weiterverweisung
5. Anwendbares Sachrecht

B. Allgemeine rechtliche Grundlagen

I. Anknüpfungsgegenstand und Qualifikation

II. Anknüpfungspunkte

1. Staatsangehörigkeit
2. Wohnsitz, Aufenthalt
3. Rechtswahl
4. Personalstatut
5. Vornahmeort, Lageort
6. Statutenwechsel

III. Rück- und Weiterverweisung

1. Sachnorm- oder Gesamtverweisung
2. Rückverweisung
3. Weiterverweisung

IV. Hauptfrage, Teilfrage, Erstfrage, Vorfrage

1. Haupt- und Teilfrage
2. Erstfrage (Begriff und Anknüpfung)
3. Vorfrage
 - 3.1. Selbstständige und unselbstständige Anknüpfung
 - 3.2. Fallgruppen
 - 3.3. Bedeutung und Beweiswirkung ausländischer öffentlicher Urkunden

V. Anpassung

1. Begriff und Problematik
2. Lösungen

VI. Ordre public

VII. Interlokales Kollisionsrecht

VIII. Innerdeutsches Kollisionsrecht

C. Kollisionsrechtliche Behandlung einzelner Rechtsverhältnisse

I. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

II. Schuldrechtliche Verträge

III. Verfügungsgeschäfte

IV. Vollmacht

V. Eheschließung

1. Sachliche Voraussetzungen
2. Form der Eheschließung

VI. Ehegüterrecht

1. Rechtswahl und objektive Anknüpfung
2. Intertemporales Recht
3. Einheitlichkeit und Unwandelbarkeit

VII. Scheidung der Ehe

1. Internationale Zuständigkeit
2. Anwendbares Ehescheidungsrecht
3. Anerkennung ausländischer Ehescheidungen

VIII. Abstammung

1. Alternative Anknüpfung
2. Intertemporales Recht

IX. Adoption

1. Inlandsadoption
2. Grenzüberschreitende Adoption
3. Anerkennung und Umwandlung ausländischer Adoptionen
4. Adoptionsstatut und Erbstatut

X. Erbrecht

1. Gesetzliche Erbfolge
2. Gewillkürte Erbfolge
3. Nachlassspaltung
4. Interlokales Erbrecht
5. Nachlassverfahren